

**„** Alles Waldläufer, alles Verrückte.

**Matthias Helm** über sich selbst und andere Hirschbrunft-Beobachter im Schönbuch – siehe zweite Lokalseite

## Übrigens

**Ulla Steuernagel** rät, sich manche Wohnung zu sparen



## Schlange stehen muss man hier nicht

**T**übingen gehört mittlerweile zu den ganz Großen. Von wegen unter 100 000! Die Stadt hat sich an die Spitze gekämpft. Sie muss sich nicht hinter Berlin, München, New York, London, Paris und Leverkusen verstecken. Sie alle zeigen nämlich ein Herz für notleidende Reiche.

Denn wer von ihnen möchte schon in einer langen Schlange von Wohnungssuchenden stehen und mit sympathischen Erzieherinnen oder netten Lehrern konkurrieren müssen? Deshalb bietet der Tübinger Wohnungsmarkt exklusiv Objekte, die bei Normalverdienern gar nicht erst Begehrlichkeiten wecken können. Durchschnittliche Löhne und Gehälter fielen unter Existenzminimum, würden deren Bezieher eine 50 Quadratmeter kleine Wohnung mieten wollen, die kalt 2030 Euro kostet.

Alleinstehende Normalsterbliche müssten sich in diesem Preissegment mit 20 All-inclusive-Quadratmetern zufrieden geben. Auch wenn sie schließlich das Geld sparen, das sie sonst für Möbel ausgegeben hätten. Die Wohnungen sind nämlich komplett möbliert, man muss nur noch den Laptop auf dem Schreibtisch stellen und die Hoodies, Jeans, Anzüge oder Kostüme in den Schrank räumen.

Aber mit einem Quadratmeter-Preis von 40 Euro ist die Spitze noch lange nicht erreicht. Im lokalen Absahn-Modus liegt er bei 144 Euro. Das macht für ein 20-m<sup>2</sup>-Apartment doch immerhin 2880 Euro. Sein Vorteil: die Lage beim Cyber Valley Campus.

Im Nachhinein werden sich die Bewohnerinnen und Bewohner kaum daran erinnern, in welcher Stadt die minimalistischen weiß-grau-beigefarbenen Möbel standen, denn die Einrichtungen dieser sündteuren Appartements sind ziemlich austauschbar. Allerdings darf es für eine etwa 100 Euro teure Tagesmiete auch schon mal etwas Besonderes sein. Oder wie es in

der Beschreibung des teuersten Appartements heißt: „Die Tapeten an den Wänden spiegeln die natürliche Streuobstwiese wider, die schon immer hier oben auf dem Horemer zu finden war ...“ Etwas rätselhaft bleibt dagegen der Satz: „Bleib flexibel, spar Dir Geld und tu dabei auch noch etwas Gutes!“ Vielleicht ist damit gemeint, man sollte hier nicht zu lange wohnen (flexibel bleiben), vorher viel Geld horten (sparen) und noch etwas Gutes tun (für den Vermieter).

Wer bei einer Wohnungssuche in Internet-Plattformen den Filter auf höchste Preise zuerst einstellt, bekommt eine Ahnung, wie begehrenswert eine Stadt ist. Auf Anhieb 7 Treffer erzielt die Nachfrage bei Immoscout für Kleinwohnungen über 2000 Euro in München. Berlin steht allerdings noch besser da: 21 Treffer! In „Mitte“ gibt es die 4-Zimmer-Wohnung mit 55 Quadratmetern für 3510 Euro. Allein der Platz fürs Bett ist hier schon 130 Euro wert, die Kingsize-Bettstätte mindestens 200 Euro.

Schwindelerregenden Mietpreise greifen um sich. Kunden sind nicht allein wohnungsnotleidende Reiche, auch das von Land zu Land ziehende wissenschaftlich tätige Söldnerheer und all die Di-Mi-Do-Performer in bestbezahlten Jobs, die ihren Lebensmittelpunkt woanders haben und das Boardinghouse-Appartement dem Hotel vorziehen. Ortsübliche Vergleichsmieten und reglementierte Mieterhöhungen müssen bei diesen Kurzzeit-Unterkünften nicht beachtet werden. Zur Lösung des Wohnungsmangels tragen sie allerdings nicht bei. Denn wie Airbnb entzieht auch diese Art des äußerst lukrativen Vermietens dem Wohnungsmarkt Angebote. Wer dies illegal und ohne Genehmigung tut, kann sich allerdings auf Ordnungsgelder gefasst machen, die perfekt zu den Mieten passen: Bis zu 100 000 Euro sind da möglich.

Siehe die dritte Lokalseite

## Zugausfälle wegen defekter Oberleitung

**Bahn** Am Donnerstag fielen auf der Strecke Tübingen – Stuttgart zahlreiche Züge aus. Bei Metzingen war eine Stromleitung gerissen.

**Tübingen/Reutlingen.** Wer am Donnerstag mit der Bahn von Tübingen nach Reutlingen oder andersherum fahren wollte, hatte stundenlang Pech: Gegen 4 Uhr morgens war zwischen Söndlingen und Metzingen die Oberleitung gerissen. Daraufhin schaltete die Bahn dort den Strom ab, zwei Züge schafften es gerade noch mit dem Restschwung in den Metzinger Bahnhof.

Dort aber blockierten sie nun das Gleis in beide Richtungen. Dieselloks fuhr heran und schleppt die Züge ab. So machten sie den Weg frei für spezielle Loks mit Hebebühnen und Technikern, die aus Stuttgart und Ulm heranzufahren. Den Spezialisten der Bahn gelang es, bis 12 Uhr eine der Leitungen zu reparieren. Daraufhin fuhr ein Zug abwechselnd in beide Richtungen auf demselben Gleis. Damit konnte ein Teil der Verbindungen wieder bedient werden.

Die Bahn hatte bereits am Vormittag einen Schienenersatzver-

kehr mit jeweils zwei Gelenkbussen eingerichtet. Eine Linie bediente die Strecke Tübingen-Nürtingen, eine weitere fuhr von Reutlingen nach Metzingen. Weil durch die Ausfälle zeitweise auch die Ermstalbahn betroffen war, gab es außerdem Schienenersatzverkehr zwischen Metzingen und Bad Urach. Alle Busse fuhrten auch nach der Reparatur am Mittag weiter.

Bis zum Abend wurde auch die zweite Oberleitung wieder in Stand gesetzt und das dazugehörige Gleis freigegeben. Mit Betriebsbeginn am Freitag soll der Bahnverkehr auf der Strecke wieder nach Fahrplan laufen, so eine Bahnsprecherin.

Die Ursache des Schadens an der Oberleitung ist noch nicht abschließend geklärt. Auf Sabotage gebe es keine Hinweise, so die Bahnsprecherin. Möglicherweise habe ein defekter Stromabnehmer eines der beiden morgendlichen Züge die Leitung abgerissen. job



DER SONNE SEI DANK: Der Spaß im Tübinger Freibad geht eine Woche in die Verlängerung (siehe dritte Lokalseite).

Bild: Anne Faden

## Die Leute werden gebraucht

**Wirtschaft** Wegen Bagatelldelikten droht etlichen Geflüchteten die Abschiebung – obwohl sie gut integriert sind und einen Arbeitsplatz haben. Von Ulrich Janßen

**E**s sind Bagatelldelikte, die oft schon Jahre zurückliegen, doch sie können berufliche Laufbahnen jäh beenden: Wenn Geflüchtete zu mehr als 50 Tagessätzen verurteilt werden, können sie „im öffentlichen Interesse“ abgeschoben werden – selbst wenn sie in Deutschland gut integriert sind und sozialversicherungspflichtig arbeiten. Für Flüchtlingshelfer, aber auch für viele Arbeitgeber ist das ein Unding. „Wir fragen uns, ob wirklich ein öffentliches Interesse besteht, den Arbeitgebern ihre Arbeitnehmer wegzunehmen“, erklärte Angela Baer vom AK Asyl Südstadt. Baer hatte am Mittwoch gemeinsam mit dem Asylzentrum, der Beratungsstelle Plan B und dem Katholischen Dekanat Rottenburg zu einer Pressekonferenz ins Gemeindehaus St. Michael eingeladen, um auf das Problem aufmerksam zu machen.

Vier aktuelle Fälle aus dem Kreis Tübingen wurden dabei vorgestellt. Ein Gambier hatte eine Ausbildung zum Elektriker schon abgeschlossen und wollte eigentlich im April seinen Meister machen. Weil er vor gut sechs Jahren von der Polizei zweimal beim Handel mit Cannabis beobachtet und zu zwei Bewährungsstrafen verurteilt worden war, bekommt er keinen Aufenthaltstitel mehr. „Der Mann ist ein guter Elektriker und wirklich zuverlässig“, erklärte sein Chef auf der Pressekonferenz. Während er seinen Realabschluss machte, habe er sogar noch nachts in einer Bäckerei gearbeitet. Er be-

dauere heute seine Vergehen, akzeptiere die Strafe und sei mittlerweile im Sportverein und der Kirchengemeinde aktiv. Die Härtefallkommission habe sich ebenso für ihn ausgesprochen wie Landrat Joachim Walter. Dennoch lehnte Justizministerin Marion Gentes den Antrag auf Anerkennung als Härtefall ab, was seinen Arbeitgeber, der ihn kostspielig ausgebildet hat, in große Schwierigkeiten bringt: „Die Auftragsbücher sind voll, mir fehlt absolut eine Fachkraft.“

**„** Die Auftragsbücher sind voll, mir fehlt absolut eine Fachkraft.

Unternehmer aus dem Kreis Tübingen

Wegen Besitz von Cannabis wurde auch ein gambischer Lagerlogistiker zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Auch ihm droht jetzt die Abschiebung. „Er ist pünktlich, denkt mit, ein Glücksfall für jeden Arbeitgeber“, lobte ihn sein Chef, der die Abschiebung nicht verstehen kann: „Am Arbeitsplatz zeigt sich doch, ob jemand was taugt.“

Ein weiterer Gambier macht gerade an der Rottenburger Kolping-Schule eine Ausbildung zum Altenpflegehelfer. Wegen einer Schlägerei mit einem Mitschüler war er zu 60 Tagessätzen verurteilt worden. „Er würde uns als Kollege und Mensch unglaublich fehlen“, sagt

der Leiter seines Ausbildungsbetriebs über ihn. Dass die Schlägerei an der Schule konstruktiv aufgearbeitet wurde und der Mitschüler eine Anzeige nach ein paar Wochen zurückzog, spielte für das Gericht keine Rolle. Der Mann soll das Land verlassen. Bernhard Hecke, Flüchtlingsbeauftragter des Dekanats Rottenburg, wies daraufhin, wie sehr die Altenpflege in Deutschland auf Geflüchtete angewiesen ist: „Die Mehrheit der Altenpfleger war nach heutigen Maßstäben sicher mal illegal im Land.“

Bitter war auch der Fall eines Nigerianers, der für ein Gebäudereinigungsunternehmen arbeitete. Der Mann, der laut seinem Chef „stets pünktlich, sehr, sehr fleißig und hilfsbereit war“, sollte abgeschoben werden, weil er keinen Pass beschaffen konnte. Das habe daran gelegen, dass zu Zeiten der Pandemie das nigerianische Konsulat in Berlin praktisch lahmgelegt war. In seinem Fall immerhin konnte die Abschiebung verhindert werden, nachdem der Pass ausgestellt wurde. „Der Mann ist

jetzt sehr, sehr glücklich.“ Andreas Linder von der Beratungsstelle Plan B betonte, dass es in allen Fällen nicht darum gehe, eine Strafe zu umgehen: „Die soll selbstverständlich abgeleistet werden.“ Die Flüchtlingsorganisationen möchten aber, dass die Betroffenen nicht durch eine Abschiebung doppelt bestraft werden. Außerdem gingen der Wirtschaft und der Gesellschaft dadurch dringend benötigte Fachkräfte verloren. Linder bezweifelte, dass dies im öffentlichen Interesse liege: „Rettet es Deutschland, wenn eine solche Person abgeschoben wird?“

Rechtsanwältin Lena Pfaff wies darauf hin, dass Geflüchtete sich vor Gericht oft schwer tun, weil ihnen Erfahrung, Unterstützung, Sprachkenntnisse oder ein guter Rechtsbeistand fehlten. Folge: „Das Urteil fällt dann härter aus.“

50 Tagessätze werden verhängt bei Delikten wie Drogenbesitz, Fahrerflucht oder kleineren Körperverletzungen (Ohrfeigen oder ähnliches). Bei 50 Tagessätzen gilt man noch nicht als vorbestraft.

### „Straffälligkeit überweg Integrationsleistungen“

**Das Justizministerium** erklärte auf Anfrage des TAGBLATTS, dass man den Fall des Elektrikers geprüft habe. Anders als bei der Härtefallkommission überweg für die Ministerin „die Straffälligkeit

des Betroffenen die erbrachten Integrationsleistungen“. Die mehrmonatigen Freiheitsstrafen seien zwar zur Bewährung ausgesetzt worden, fielen aber „bei der Abwägung deutlich schwerer ins Ge-

wicht als Geldstrafen“. Es sei „eine grundsätzliche Wertung unserer Rechtsordnung, dass eine Straffälligkeit, insbesondere wenn sie schwerer wiegt, Bleiberechten entgegensteht“.

## Es bleibt bei drei Bürgermeistern

**Verwaltung** Der Gemeinderat stimmt mit großer Mehrheit gegen ein zusätzliches Dezernat.

**Tübingen.** Es gibt viele Argumente für und gegen eine weitere Bürgermeisterstelle in Tübingen, das machten die Statements der Fraktionen deutlich: Arbeitsentlastung und die Möglichkeit, Parität an der Stadtspitze zu schaffen, auf der einen Seite – auf der anderen die Kosten und die Frage, ob bei den Baustellen in Tübingen ein viertes Dezernat überhaupt etwas hilft.

Nachdem Sozialbürgermeisterin Daniela Harsch im Sommer bekanntgegeben hatte, dass sie ihr Amt aufgeben wird, war die Frage, ob die Stadt die Geschäftsbereiche der drei Bürgermeister künftig auf vier Dezernate verteilt und die Stelle eines weiteren Beigeordneten schafft. Am Donnerstagabend stimmte der Gemeinderat mit

deutlicher Mehrheit gegen eine Lösung mit vier Dezernaten. Nur acht Vertreterinnen und Vertreter aus der Fraktion AL/Grüne stimmten dafür. Es gab drei Enthaltungen, darunter OB Boris Palmer.

Die Stadtverwaltung hatte vorgeschlagen, im vierten Dezernat die Geschäftsbereiche Gleichstellung und Integration, Personal und Organisation, Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung sowie die Kommunalen Servicebetriebe anzusiedeln. Als Argument für eine neue Aufteilung verwies Annette Schmidt (AL/Grüne) etwa auf das Arbeitsverständnis. „Es ist so ein bisschen Schaffen bis zum Umfallen.“ Auch wenn es bei drei bleibe, Veränderung brauche es, so Schmidt weiter. Sie forderte einen

persönlichen Referenten für das Dezernat. Martin Soekler (SPD) verwies auf Baustellen in der Verwaltungsstruktur, unter anderem auf die Bereiche Personal und Digitalisierung. Die Diskussion um einen dritten Beigeordneten „sollten

### Wahl am 30. November

**Die Ausschreibung** der Stelle des Beigeordneten erfolgt Ende September. Der Geschäftsbereich umfasst die Fachbereiche Bildung, Betreuung, Jugend und Sport, Soziales, Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung sowie Kunst und Kultur. Bewerbungsschluss ist der 29. Oktober. Die Wahl des Beigeordneten erfolgt am 30. November.

wir nutzen, um uns in den Bereichen besser aufzustellen“. Ähnlich Thomas Unger (Tübinger Liste): „Den Bereich Digitalisierung muss man deutlich aufwerten.“ Rudi Hurlbaas (CDU) forderte, „den Unterbau“ zu stärken, um die Beigeordneten zu entlasten. „Wir sind der Meinung, wir brauchen nicht mehr Häuptlinge, sondern mehr Fachdezernaten mit mehr Entscheidungsbefugnis“, sagte Gerlinde Strasdeit (Linke).

Es habe Charme, wenn „Ordnung und Sicherheit“ im Sozialdezernat angesiedelt ist, meinte David Hildner (Die Fraktion). Es gebe viele Punkte, die die Stadt angehen müsse, so Dietmar Schöning (FDP). „Aber es ist nicht die Frage drei oder vier.“ Moritz Siebert